Gäste:

Herr Dr. Manfred Janssen	Geschäftsführer der EWG
Herr Lars Fischer	VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH bis TOP 14 – 19:02 Uhr

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Herr Axel Linke	Beigeordneter
Herr Mathias Krümpel	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke	Pressesprecherin
Herr Michael Kramer	Fachbereichsleiter FB 3 bis TOP 14 - 19:02 Uhr
Herr Michael Wolters	Leitstelle Klimaschutz bis TOP 8 - 17:34 Uhr
Herr Tim Reuter	Fachbereichscontroller FB 4 ab TOP 14 - 17:42 Uhr
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5 bis TOP 14 - 19:02 Uhr
Frau Claudia Kurzinsky	Stellvertretende Fachbereichsleiterin FB 5 bis TOP 14 - 19:02 Uhr
Herr Constantin Löderbusch	Stellvertretender Schriftführer
Frau Julia Seebeck	Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 36 über die öffentliche Sitzung am 10. September 2013

0:02:03

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 10. September 2013 gefassten Beschlüsse

0:02:20

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da diese nicht gestellt bzw. gegeben worden seien.

3. Informationen

0:02:36

Es liegen keine Informationen vor.

**4. Bestellung eines stellvertretenden Schriftführers
Vorlage: 418/13**

0:02:53

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO Herrn Constantin Löderbusch zum stellvertretenden Schriftführer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Rheine
Vorlage: 002/13**

0:03:31

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die folgende Neufassung der Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Rheine:

Satzung für die Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Rheine vom _____

Aufgrund von § 7 Absatz 1 Satz 1 i. V. m. § 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. April 2013 (GV NW S. 194), und § 1 der Verordnung zur Durchführung des Bürgerentscheids vom 10. Juli 2004 (GV NW S. 383) zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. August 2009 (GV NW S.432) hat der Rat der Stadt Rheine in seiner Sitzung am 15. Oktober 2013 folgende Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden in der Stadt Rheine beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Satzung gilt für die Durchführung von Bürgerentscheiden im Gebiet der Stadt Rheine (Abstimmungsgebiet).

§ 2 Zuständigkeiten

- (1) Der Rat legt den Abstimmungszeitraum fest.
- (2) Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister leitet die Abstimmung. Sie/Er ist für die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung des Bürgerentscheids verantwortlich, soweit die Gemeindeordnung oder diese Satzung nichts anderes bestimmt.
- (3) Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister bildet für den Stimmbezirk einen Abstimmungsvorstand. Der Abstimmungsvorstand besteht aus der/dem Vorsteher(in), der/dem stellvertretenden Vorsteher(in) und drei bis sechs Beisitzerinnen/Beisitzern. Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister bestimmt die Zahl der Mitglieder des Abstimmungsvorstandes und beruft die Mitglieder des Abstimmungsvorstandes. Die Beisitzer(innen) des Abstimmungsvorstandes können im Auftrag der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters auch von der Vorsteherin/dem Vorsteher berufen werden. Der Abstimmungsvorstand entscheidet mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der Vorsteherin/des Vorstehers den Ausschlag.
- (4) Die Mitglieder im Abstimmungsvorstand bzw. im Briefabstimmungsvorstand üben eine ehrenamtliche Tätigkeit aus, auf die sinngemäß die allgemeinen Vorschriften des kommunalen Verfassungsrechts mit Ausnahme des § 31 der Gemeindeordnung Anwendung finden.

§ 3 Stimmbezirk

Für das Abstimmungsgebiet der Stadt Rheine wird ein Stimmbezirk gebildet, der mit dem Abstimmungsgebiet deckungsgleich ist. Das Abstimmungslokal befindet sich im Gebäude des Rathauses, Klosterstraße 14.

§ 4 Abstimmberechtigung

- (1) Abstimmberechtigt ist, wer am letzten Tag der Stimmabgabe Deutsche(r) im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes ist oder die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats der Europäischen Gemeinschaft besitzt, das 16. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit dem 16. Tag vor der Abstimmung im Gemeindegebiet seine Wohnung, bei mehreren Wohnungen ihre/seine Hauptwohnung hat oder sich sonst gewöhnlich aufhält und keine Wohnung außerhalb des Abstimmungsgebiets hat.
- (2) Von der Abstimmberechtigung ausgeschlossen ist
 1. diejenige/derjenige, für die/den zur Besorgung aller ihrer/seiner Angelegenheiten ein(e) Betreuer(in) nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis der Betreuerin/des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst,
 2. wer infolge Richterspruchs in der Bundesrepublik Deutschland das Wahlrecht nicht besitzt.

§ 5 Stimmabgabe/Stimmschein

- (1) Abstimmen kann nur, wer im Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist oder einen Stimmschein hat. Die Stimmabgabe ist zulässig im Stimmlokal oder auf Antrag per Brief.
- (2) Ein(e) Abstimmberechtigte(r) erhält auf Antrag einen Stimmschein für die Briefabstimmung.

§ 6 Abstimmungsverzeichnis

- (1) Im Stimmbezirk wird ein Abstimmungsverzeichnis geführt. In das Abstimmungsverzeichnis werden alle Personen eingetragen, bei denen am 35. Tag vor dem Beginn des Abstimmungszeitraumes (Stichtag) feststeht, dass sie während des gesamten Abstimmungszeitraums abstimmberechtigt und nicht von der Abstimmung ausgeschlossen sind. Von Amts wegen in das Abstimmungsverzeichnis einzutragen sind auch die nach dem Stichtag bis zum 16. Tag vor dem ersten Tag des Abstimmungszeitraumes zugezogenen und bei der Meldebehörde gemeldeten Stimmberechtigten.
- (2) Inhaber(innen) eines Stimmscheins können im Abstimmungslokal oder durch Brief abstimmen.
- (3) Jede(r) Stimmberechtigte(r) hat das Recht, an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor Beginn des Abstimmungszeitraumes während der allge-

meinen Öffnungszeiten der Stadtverwaltung die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu ihrer/seiner Person im Abstimmungsverzeichnis eingetragenen Daten zu prüfen.

§ 7

Benachrichtigung der Abstimmberechtigten/Bekanntmachung

- (1) Spätestens am Tage vor Beginn der Einsichtsfrist in das Abstimmungsverzeichnis benachrichtigt die Bürgermeisterin/der Bürgermeister jede(n) Abstimmungsberechtigte(n), die/der in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Die Benachrichtigung enthält folgende Angaben:
 1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnung der/des Abstimmungsberechtigten
 2. den Stimmraum,
 3. ein Abstimmungsheft/Informationsblatt gem. § 8 dieser Satzung,
 4. die Nummer, unter der die/der Abstimmungsberechtigte in das Abstimmungsverzeichnis eingetragen ist,
 5. die Aufforderung, diese Benachrichtigung und einen gültigen Ausweis zur Abstimmung mitzubringen, verbunden mit dem Hinweis, dass auch bei Verlust dieser Benachrichtigung an dem Bürgerentscheid teilgenommen werden kann,
 6. die Belehrung über die Beantragung eines Stimmscheins für die Übersendung von Unterlagen zur Stimmabgabe per Brief.
- (3) Spätestens am Tage vor Beginn der Einsichtsfrist in das Abstimmungsverzeichnis macht die Bürgermeisterin/der Bürgermeister öffentlich bekannt
 1. den Abstimmungszeitraum und den Text der zur Entscheidung stehenden Frage, beim Stichentscheid auch den Text der vom Rat beschlossenen Stichfrage.
 2. Wo, wie lange und zu welchen Tagesstunden das Abstimmungsverzeichnis eingesehen werden kann.
 3. Dass innerhalb der Einsichtsfrist bei der Bürgermeisterin/beim Bürgermeister Einspruch gegen das Abstimmungsverzeichnis eingelegt werden kann.

§ 8

Abstimmungsheft/Informationsblatt

- (1) Die Titelseite enthält die Überschrift Abstimmungsheft/Informationsblatt der Stadt Rheine zum Bürgerentscheid, den Text der zu entscheidenden Frage, den Abstimmungszeitraum sowie die Uhrzeit, zu der das Abstimmungslokal für die Stimmabgabe geöffnet ist und den Zeitpunkt, bis zu dem der Stimmbrief bei der Bürgermeisterin/beim Bürgermeister eingegangen sein muss.
Im Falle eines Stichentscheids enthält die Titelseite die Texte der zu entscheidenden Fragen sowie den der Stichfrage.
- (2) Das Abstimmungsheft/Informationsblatt enthält

1. die Unterrichtung durch die Bürgermeisterin/den Bürgermeister über den Ablauf der Abstimmung und eine Erläuterung des Verfahrens der Stimmabgabe durch Brief,
 2. die Kostenschätzung der Verwaltung und eine kurze sachliche Begründung der Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens. Legen die Vertretungsberechtigten keine eigene Begründung vor, so ist diese dem Text des Bürgerbegehrens zu entnehmen,
 3. eine kurze sachliche Begründung der im Rat vertretenen Fraktionen, die das Bürgerbegehren abgelehnt haben,
 4. eine kurze sachliche Begründung der im Rat vertretenen Fraktionen, die dem Bürgerbegehren zugestimmt haben,
 5. eine Übersicht über Stimmempfehlungen der im Rat vertretenen Fraktionen samt Angabe ihrer Fraktionsstärke. Sondervoten einzelner Ratsmitglieder und die Stimmempfehlung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters sind auf deren Wunsch wiederzugeben.
 6. bei Einsatz von Stimmzählgeräten (§ 16) den Hinweis, dass diese verwendet werden.
- (3) Die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens sowie jeweils ein Mitglied der im Rat vertretenen Fraktionen verständigen sich unter Beteiligung der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters über eine Obergrenze für die Länge der Texte und eine angemessene, sachliche Darstellung der Inhalte (Abs. 2 Ziff. 2 bis 4). Wird eine einvernehmliche Verständigung nicht erzielt, ist die Darstellung im Abstimmungsheft auf die Unterrichtung über den Ablauf der Abstimmung, eine Erläuterung des Verfahrens der Stimmabgabe durch Brief und der Begründungstext des Bürgerbegehrens sowie die Übersicht über die Stimmempfehlungen der im Rat vertretenen Fraktionen, der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters und evtl. Sondervoten einzelner Ratsmitglieder zu beschränken. Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister kann für die im Abstimmungsheft/Informationsblatt gem. Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 i. V. m. Abs. 3 Satz 2 darzustellende Begründung des Bürgerbegehrens ehrverletzende oder eindeutig wahrheitswidrige Behauptungen des Begründungstextes streichen sowie zu lange Äußerungen ändern und kürzen.
- (4) Das Abstimmungsheft wird auch im Internet auf der Homepage der Stadt Rheine veröffentlicht.
- (5) Beim Ratsbürgerentscheid enthält das Abstimmungsheft abweichend von Abs. 2 Nrn. 2 bis 4 und Abs. 3 eine kurze Begründung des Rates. Die Begründung muss die wesentlichen für die Entscheidung durch den Bürger erheblichen Tatsachen enthalten. Kurze sachliche Stellungnahmen der im Rat vertretenen Fraktionen sind auf ihren Wunsch aufzunehmen.

§ 9

Abstimmungszeitraum des Bürgerentscheids

- (1) Der Bürgerentscheid findet innerhalb eines Abstimmungszeitraums von 2 Wochen statt.
- (2) Die Stimmabgabe ist an den Werktagen des Abstimmungszeitraums in der Zeit von 08:00 bis 18:00 Uhr sowie an zwei von der Bürgermeisterin/vom Bürgermeister zu bestimmenden Tagen bis 20:00 Uhr möglich.

§ 10 Stimmzettel

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen die zu entscheidende Frage enthalten und auf "ja" und "nein" lauten. Zusätze sind unzulässig. Im Falle des Stichentscheids enthalten die Stimmzettel die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen sowie darunter die Stichfrage. Bei der Stichfrage macht die abstimmende Person kenntlich, welchen der Bürgerentscheide sie vorzieht für den Fall, dass die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise beantwortet werden.

§ 11 Öffentlichkeit

- (1) Die Abstimmungshandlung und die Ermittlung des Abstimmungsergebnisses im Stimmbezirk und Briefstimmbezirk sind öffentlich. Der Abstimmungsvorstand kann aber im Interesse der Abstimmungshandlung die Zahl der im Stimmlokal Anwesenden beschränken.
- (2) Den Anwesenden ist jede Einflussnahme auf die Abstimmungshandlung und das Abstimmungsergebnis untersagt.
- (3) In und an dem Gebäude, in dem sich der Abstimmungsraum befindet, sowie unmittelbar vor dem Zugang zu dem Gebäude ist jede Beeinflussung der Abstimmenden durch Wort, Ton, Schrift oder Bild sowie jede Unterschriftensammlung verboten.
- (4) Die Veröffentlichung von Ergebnissen von Abstimmungsbefragungen nach der Stimmabgabe über den Inhalt der Abstimmungsentscheidung ist vor Ablauf des Abstimmungszeitraumes unzulässig.

§ 12 Stimmabgabe

- (1) Die/Der Abstimmende hat für jede zu entscheidende Frage eine Stimme. Sie/Er gibt seine Stimme an der Abstimmurne oder per Brief geheim ab.
- (2) Die/Der Abstimmende gibt ihre/seine Stimme in der Weise ab, dass sie/er durch ein auf den Stimmzettel gesetztes Kreuz oder auf andere Weise eindeutig kenntlich macht, welche Antwort gelten soll.
- (3) Im Fall der Abstimmung an der Abstimmurne faltet die/der Abstimmende daraufhin den Stimmzettel und wirft ihn in die Abstimmurne.
- (4) Die/Der Abstimmende kann ihre/seine Stimme nur persönlich abgeben. Ein(e) Abstimmende(r), die/der des Lesens unkundig oder durch körperliches Gebrechen behindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten und in die Abstimmurne zu werfen, kann sich der Hilfe einer anderen Person (Hilfsperson) bedienen. Hilfsperson kann auch ein von dem/der Abstimmberechtigten bestimmtes Mitglied des Abstimmvorstandes sein. Blinde oder Sehbehinderte können sich zur Kennzeichnung des Stimmzettels auch einer Stimmzettelschablone bedienen.

- (5) Bei der Stimmabgabe per Brief hat die/der Abstimmende der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister in einem verschlossenen Briefumschlag
 - a) ihren/seinen Stimmschein,
 - b) in einem besonderen verschlossenen Stimmumschlag ihren/seinen Stimmzettelso rechtzeitig zu übersenden, dass der Stimmbrief am letzten Tag des Abstimmungszeitraums bis 16:00 Uhr bei ihr/ihm eingeht.
- (6) Auf dem Stimmschein hat die/der Abstimmende oder die Hilfsperson (Abs. 4 Satz 2) der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister an Eides statt zu versichern, dass der Stimmzettel persönlich oder gemäß dem erklärten Willen der/des Abstimmenden gekennzeichnet worden ist.
- (7) Stimmscheine für die Briefabstimmung können noch bis zum letzten Tag des Abstimmungszeitraums, 15:00 Uhr, beantragt werden, im Übrigen gilt § 19 Abs. 4 KWahlO entsprechend.

§ 13

Vorstand für die Stimmabgabe per Brief

- (1) Der Vorstand für die Stimmabgabe per Brief (Briefabstimmungsvorstand) öffnet den Stimmbriefumschlag, prüft die Gültigkeit der Stimmabgabe und legt den Stimmumschlag im Falle der Gültigkeit der Stimmabgabe ungeöffnet in die Briefabstimmurne.
- (2) Bei der Stimmabgabe per Brief sind Stimmbriefe zurückzuweisen, wenn
 1. der Stimmbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
 2. dem Stimmbriefumschlag kein oder kein gültiger Stimmschein beiliegt,
 3. dem Stimmbriefumschlag kein Stimmumschlag beigelegt ist,
 4. weder der Stimmbriefumschlag noch der Stimmumschlag verschlossen ist,
 5. der Stimmbriefumschlag mehrere Stimmumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides Statt versehener Stimmscheine enthält,
 6. die/der Abstimmende oder die Person seines Vertrauens die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefabstimmung auf dem Stimmschein nicht unterschrieben hat,
 7. kein amtlicher Stimmumschlag benutzt worden ist,
 8. ein Stimmumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Abstimmungsgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht.

Die Einsender/innen) zurückgewiesener Stimmbriefe werden nicht als Abstimmende gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

- (3) Die Feststellung des Briefabstimmergebnisses im Stimmgebiet obliegt dem Abstimmungsvorstand des Stimmbezirks; bei Bedarf können im Stimmbezirk auch mehrere Abstimmungsvorstände bestimmt werden. Gehen mindestens 50 Stimmbriefe ein, kann der Briefabstimmungsvorstand auch das Ergebnis der Briefabstimmung feststellen.

- (4) Die Stimmen einer/eines Abstimmberechtigten, die/der an der Abstimmung per Brief teilgenommen hat, werden nicht dadurch ungültig, dass sie/er vor oder während des Abstimmungszeitraumes stirbt, aus dem Abstimmungsgebiet verzieht oder sonst sein Stimmrecht verliert.

§ 14 Stimmzählung

- (1) Die Stimmzählung erfolgt unmittelbar im Anschluss an die Abstimmhandlung durch den Abstimmungsvorstand.
- (2) Bei der Stimmzählung ist zunächst die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen anhand des Abstimmungsverzeichnisses und der eingenommenen Stimmscheine festzustellen und mit der Zahl der in den Urnen befindlichen Stimmzettel zu vergleichen. Danach wird die Zahl der gültigen Stimmen und der auf jede Antwort entfallenden Stimmen ermittelt.
- (3) Über die Gültigkeit der Stimmen entscheidet der Abstimmungsvorstand.

§ 15 Ungültige Stimmen

Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen der/des Abstimmenden nicht zweifelsfrei erkennen lässt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält.

§ 16 Zulassung von Stimmzählgeräten

Anstelle von Stimmzetteln können Stimmzählgeräte verwendet werden. In diesem Falle finden die §§ 4 – 15 der Verordnung über den Einsatz von Stimmzählgeräten bei Kommunalwahlen vom 11. Juli 1999 (GV NW S. 452) analog Anwendung.

§ 17 Feststellung des Ergebnisses

- (1) Der Rat stellt das Ergebnis des Bürgerentscheids/Stichentscheids fest. Im Fall von Zweifeln an dem Abstimmungsergebnis kann er eine erneute Zählung verlangen.
- (2) Die Frage ist in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 15 vom Hundert der Bürger(innen) beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet.
Stehen mehrere Fragen gleichzeitig zur Abstimmung und werden diese in einem nicht miteinander zu vereinbarenden Sinne entschieden, so ist das Ergebnis des Stichentscheides maßgeblich. Es gilt die Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der gültigen Stimmen ausspricht. Bei

Stimmengleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmenzahl beantwortet worden ist.

- (3) Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister macht das festgestellte Ergebnis öffentlich bekannt.

§ 18

Anwendung der Kommunalwahlordnung

Folgende Vorschriften der Kommunalwahlordnung vom 31. August 1993 (GV.NRW. S. 592, ber. S. 967), zuletzt geändert durch Verordnung vom 27. Juni 2011 (GV.NRW. S. 300), finden entsprechende Anwendung: §§ 4, 7 bis 18, 19 Abs. 1, 2, 4 und 5, 20 bis 22, 32 Abs. 6, 33 bis 60, 81 bis 83.

§ 19

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 8. September 1997 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Überwachung des fließenden Verkehrs in der Stadt Rheine Vorlage: 411/13

0:04:08

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag dahin gehend geändert werden müsse, dass es heiße:

Der Haupt- u. Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Überwachung des fließenden Verkehrs für einen Projektzeitraum von zwei Jahren beginnend vom 01.03.2014 bis zum 29.02.2016. Der Fachbereich Recht und Ordnung hat die Auswirkungen auf das Geschwindigkeitsniveau und die Unfallhäufigkeit dem Haupt- und Finanzausschuss einschließlich der finanziellen Auswirkungen im Projektzeitraum zu berichten.

Herr Niehues bemängelt, dass der Vorlage nicht zu entnehmen sei, ob es um mobile Anlagen gehe oder ob die Anlagen an feste Standorte stehen würden. Es gebe verschiedene Standorte, bei denen Geld zu erwirtschaften und nicht die Verkehrssicherheit die entscheidende Rolle spiele.

Herr Niehues bittet die Verwaltung, die Dinge zu präzisieren. Das Konzept sollte sich auf Unfallschwerpunkte in der Stadt Rheine, die auch konkret benannt werden, konzentrieren. Der Einsatz der Anlagen sollte sich auf das direkte Umfeld von Schulen und Kindergärten und ähnlichen sensiblen Standorten konzentrieren.

Herr Reiske befürwortet die Vorlage, da es um Verkehrssicherheit gehe. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Ortel weist darauf hin, dass der Schutz der Allgemeinheit vor Unfalltod und Unfallverletzung durch erhöhte Geschwindigkeit die Zielrichtung der Vorlage sei und nicht eine Bereicherungsabsicht der Stadt Rheine.

Herr Holtel macht deutlich, dass Schwerpunkte an Kindergärten und Schulen eingerichtet werden müssen. Er weist darauf hin, dass vor allem Eltern mit der Bitte um Geschwindigkeitsüberwachung vorstellig geworden seien, weil sie in bestimmten Bereichen durch schnell fahrende Verkehrsteilnehmer um die Gesundheit ihrer Kinder fürchten. Die FDP-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Herr Roscher macht deutlich, dass, wenn sich jeder an die Regeln halten würde, es auch keine Unfälle gebe und keiner bezahlen müsse. Es gehe nicht darum abzukassieren, es gehe darum, Verkehrsunfälle durch Senkung des Geschwindigkeitsniveaus zu vermeiden.

Herr Bonk teilt mit, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage dem Auftrag nachgekommen sei, die Überwachung des fließenden Verkehrs aus Gründen der Verkehrssicherheit zu überprüfen. Festzustellen sei, dass neben den Beschwerden der Bürger über überhöhte Geschwindigkeit in einigen Bereichen auch die Kreispolizeibehörde zu dem Ergebnis gekommen sei, in Rheine eine Überwachung durchzuführen, um damit das Unfallrisiko zu senken. Die Maßnahme sei kostenneutral und belaste den Haushalt nicht. Eine Überwachung durchzuführen, nur um durch Bußgelder den Haushalt zu sanieren, lehne man eindeutig ab.

Herr Kramer weist darauf hin, dass es um den Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer gehe.

Herr Kuhlmann macht deutlich, dass der Vorlage eindeutig zu entnehmen sei, dass es nicht darum gehe, die Bürger abzuzocken, sondern darum, die Verkehrssicherheit zu stärken und an Unfallschwerpunkten und besonderen Standorten eine verkehrliche Überwachung durchzuführen.

Herr Niehues fragt an, ob man sich darauf verlassen könne, dass der Forderung des Aufstellens der Anlagen an Unfallschwerpunkten und an besonderen Standorten wie Schulen, Kindergärten und Altenheime nachgegangen werde.

Herr Kuhlmann teilt mit, dass dies der Vorlage zu entnehmen sei.

Auszug aus der Vorlage:

Für den Bereich der mobilen Geschwindigkeitsüberwachung sind insbesondere folgende Örtlichkeiten in Betracht zu ziehen:

1. *Schulen*
2. *Kindergärten*
3. *Altenheime*
4. *Unfallhäufungsstellen (Hier handelt es sich um von der Polizei ermittelte Gefahrenpunkte, die von der Unfallkommission untersucht werden.)*
5. *Unfallgefährliche Stellen (Hier handelt es sich nicht um die vgl. Unfallhäufungsstellen, sondern um Gefahrenstellen, an denen unangemessene Geschwindigkeit unfallursächlich ist.)*
6. *Bereiche, in denen überdurchschnittlich häufig Verstöße gegen Geschwindigkeitsbeschränkungen festgestellt wurden.*

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass es auch von Vorteil sei, dass man nicht nur an Gefahrenstellen, bei denen ein erhöhtes Unfallaufkommen vorhanden sei, verkehrliche Überprüfungen durchführen könne. Man könne auch an Orten Überprüfungen durchführen, wo momentan nur Beobachtungen durchgeführt werden können, wie z. B. an Orten, bei denen es Hinweise von Eltern gegeben habe, dass dort zu schnell gefahren werde. Man könne flexibel reagieren, aber natürlich nur an Stellen, an denen man verkehrsrechtlich tätig werden müsse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beauftragt die Verwaltung mit der Wahrnehmung der Aufgaben der Überwachung des fließenden Verkehrs für einen Projektzeitraum von zwei Jahren beginnend vom 01.03.2014 bis zum 29.02.2016. Der Fachbereich Recht und Ordnung hat die Auswirkungen auf das Geschwindigkeitsniveau und die Unfallhäufigkeit dem Haupt- und Finanzausschuss einschließlich der finanziellen Auswirkungen im Projektzeitraum zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Änderung des Stellenplans, Einstellung vier neuer Mitarbeiter(innen) für die Feuer- und Rettungswache der Stadt Rheine
Vorlage: 412/13**

0:29:45

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine zu beschließen, dass zur Schaffung der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Einstellung von 4 Mitarbeitern der Feuer- und Rettungswache zum 01.01.2014 der Stellenplan entsprechend geändert wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Technischer Fahrplan - Zusammenstellung und Auswahl der Maßnahmen für die Umsetzung in der 2. Projektphase vom 01.01.2014 bis 30.04.2016
Vorlage: 399/13/1**

0:30:20

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen aus dem Klimaschutzrat vom 10.09.2013 zur Kenntnis. Er stimmt der Umsetzung der dem Klimaschutzrat in seiner Sitzung vom 10.09.2013 vorgelegten Maßnahmen grundsätzlich zu. Die Leitstelle Klimaschutz wird damit beauftragt, die Projekte, wie in Variante 5 dargestellt, finanziell zu unterstützen bzw. durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Soziale Stadt Dorenkamp - Richtlinien zum Teilprojekt Hof- und Fassadenprogramm (A2)
Vorlage: 410/13

0:31:12

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Richtlinie der Stadt Rheine über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung des Wohnumfeldes auf privaten Hof- und Fassadenflächen im Programmgebiet „Soziale Stadt Rheine Dorenkamp“ Stand: 11. September 2013 mit der Anlage (Antragsformular).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Straßenbaulast für die Landes- und Kreisstraßen in der Ortsdurchfahrt Rheine
Vorlage: 373/13

0:31:55

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass bei Abgabe der Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten von Landes- und Kreisstraßen die Gestaltungsmöglichkeit für die Stadt Rheine wegfallen. Bei bestimmten Baumaßnahmen sei man darauf angewiesen, dass das Land oder der Kreis im Sinne der Stadt Rheine entscheide. In der Vergangenheit habe man aber, z. B. bei den Bundesstraßen, die Erfahrung gemacht, dass im Interesse der Stadt Rheine gehandelt wurde. Weiter müsse beachtet werden, dass die Straßen in einem bestimmten Zustand übergehen müssen. Der Zustand muss seitens des Kreises und des Landes als ordnungsgemäß beurteilt werden. Hierzu müsse eine Begehung stattfinden.

Herr Kuhlmann erläutert, dass sich der Aufwand bei den Technischen Betrieben, bezogen auf Umbau und Planung, verringern werde. Die Stellen, die in der direkten Betreuung der Straße wegfallen werden, werde man durch eine interne Personalverschiebungsmöglichkeit auffangen, sodass die Mitarbeiter nicht von der Arbeitslosigkeit betroffen seien.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine nach Vorberatung im Bauausschuss, die Baulast für Land- und Kreisstraßen innerhalb der Ortsdurchfahrten zum 1. Januar 2014 abzugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

0:35:58

Es liegen keine Eingaben vor.

12. Einwohnerfragestunde

0:36:07

Es folgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

0:36:16

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:39 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Seebeck
Schriftführerin